

# 22. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

28. – 30. November 2003, Messe, Dresden

## Beschluss

### Sachsen-Anhalt nicht zum Versuchsfeld machen

Die 22. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Landesregierung von Sachsen-Anhalt auf, die Pläne zu einer großflächigen Ausbringung gentechnisch veränderter Mais-Saaten zurückzunehmen.

Mit Sorge betrachten wir, dass sachsen-anhaltischer Boden, der zu den fruchtbarsten Europas gehört, in großem Stil gentechnischen Experimenten geopfert werden soll. Die Vorhaben der Landesregierung, insbesondere der Agrarministerin Wernicke und des Wirtschaftsministers Rehberger, werden von den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Sachsen-Anhalt strikt abgelehnt.

Bewaffnet mit dem Totschlag-Argument in Aussicht stehender neuer Arbeitsplätze ist die Landesregierung auf unverantwortliche Art und Weise entschlossen, alle Verbraucherinnen und Verbraucher in Sachsen-Anhalt zu Versuchskaninchen zu machen. Sie ignoriert damit nicht nur den Willen mündiger Bürgerinnen und Bürger, sondern sie setzt sich auch über alle Warnungen und Erfahrungen über die Risiken und Gefahren der für solche Freisetzungsvorhaben nicht ausreichend erforschten „Grünen Gentechnik“ hinweg. Das Böhmer-Kabinett missachtet damit auch das Fehlen rechtlicher Grundlagen.

Für den ökologischen Landbau, der in Sachsen-Anhalt immer mehr Verbreitung findet und für die Nahrungsgüterindustrie, stellen die Pläne eine existenzgefährdende Bedrohung dar. Deshalb fordern wir: Statt mit der umstrittenen Gentechnik den Weg in eine Sackgasse zu riskieren, sollen Frau Wernicke und Herr Rehberger alles dafür tun, dass Sachsen-Anhalt auf dem Gebiet des Öko-Landbaus zur Spitze Europas aufschließt.

Die sachsen-anhaltische Landesregierung ruft Geister, deren Wirken sie nicht absehen kann. Wir fordern sie auf: Setzen sie die Gen-Pläne für Sachsen-Anhalt außer Kraft, arbeiten sie für eine saubere und gesunde Zukunft des Landes- fernab der Gen-Manipulation.